

Vergleich der Arbeitsmarktpolitik in EG-Ländern

Das DIW hat eine Übersicht über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vorgelegt, die in EG-Ländern zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen worden sind. Zusammenfassend wird festgestellt, daß die Verminderung der Arbeitslosigkeit bislang noch gering sei, doch sei der Umfang der eingesetzten Mittel im Vergleich zu den Alternativkosten der Arbeitslosigkeit beachtlich gewesen. Gerade den Beschäftigungsprogrammen für Jugendliche in Frankreich und Italien kommt Gewicht zu. Wegen der sozialen und der qualitativen Wirkung hätten angebotssenkende Maßnahmen Bedeutung (Frühverrentung, Schulzeitverlängerung, Arbeitszeitverkürzung, Qualifizierungsmaßnahmen).

Die Anstrengungen der EG hätten zwar bestimmten Zielgruppen geholfen, wären aber vom Aufwand her noch weniger als nationale Maßnahmen zur Arbeitsmarktentlastung geeignet gewesen. Eine mögliche international abgestimmte Arbeitsmarktpolitik müsse an Umfang zunehmen und wirksamer ausgestaltet werden.

Charakteristische arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft seit 1975

Land	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Großbritannien	Italien
1. Erhöhung des Angebots an Arbeitsplätzen				
1.1 Subventionierung des „Produktionsfaktors“ Arbeit	Lohnkostenzuschüsse 60 % des tariflichen Arbeitsentgelts für 6 Monate bis zum 31.7.75. Sonderprogramm für Problemregionen (500 Mill. DM); Lohnkostenzuschüsse 80 bis 120 % (Einarbeitungsphase) für innerbetriebliche Qualifizierung, Wiedereingliederung längerfristig Arbeitsloser (1979).	Fiskalisierung von Teilen der Arbeitgebersozialversicherungsbeiträge bei Einstellung von Arbeitslosen bestimmter Problemgruppen (1977).	1976 bis 1978 laufende Verbesserung und Erhöhung der Beschäftigungsprämien (1976 wöchentlich 20 £/Person) bzw. der Gewährungsdauer (1976: 18 Monate). Lohnzuschüsse bei Neueinstellungen in Entwicklungsbereichen (1976). Lohnzuschüsse bei vorübergehender Beschäftigung Arbeitsloser (für arbeitslose Jugendliche 1976 pro Woche 10 £).	Fiskalisierung eines Teils der Soziallasten in Industrie und Handwerk in Höhe von insgesamt 1420 Mrd. Lire (1977). 1978 Gesetz für endgültige Regelung der Fiskalisierung der Sozialbeiträge (Übernahme von Beiträgen bei männlichen Arbeitnehmern in Höhe von 5 %, bei weiblichen von 12,5 % der Bezüge).
1.2 Erhöhung des Arbeitsplatzangebots im öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich (ohne Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen i.e.S.)	Pfarrer und Lehrer verzichten regional freiwillig auf 1,5 % ihrer Bezüge zur Schaffung von Arbeitsplätzen (1978).	Schaffung von 20000 zusätzlichen Stellen im Postwesen und in sozialen Tätigkeitsbereichen (1977).		1977 Gesetz zur endgültigen oder vorübergehenden Beschäftigung von 600000 Jugendlichen in Unternehmen oder öffentlichen Verwaltungen; für 1977/80 werden 1060 Mrd. Lire angesetzt.
1.3 Allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	Bereitstellung von 700 Mill. DM durch die Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 1977 (82000 Arbeitsplätze).	Im Rahmen des „Dritten Beschäftigungspaktes“ ist für 1981 die Schaffung von 534000 Stellen vorgesehen.	Seit 1975 „Job-Creation“-Programme. 1980 Maßnahmen zur Beschäftigung von 250000 Jugendlichen.	
2. Umverteilung der vorhandenen Arbeit				
2.1 Umverteilung vorhandener Arbeitsplätze	Jugendarbeitsschutzgesetz: Mindestalter zur Aufnahme einer Beschäftigung wird von 14 auf 15 Jahre heraufgesetzt (1976). Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer.	1977 Rückwanderungsprämien an arbeitslose ausländische Arbeitnehmer (10000 F/Person). Ausdehnung der Möglichkeiten des vorzeitigen Rentenbezugs; bei vorzeitiger Verrentung Steuererleichterungen für die Betriebe (1977).	Anreize für vorgezogene Verrentung durch Gewährung von 23 £/Woche steuerfrei für 1 Jahr, wenn das Unternehmen als Ersatz einen registrierten Arbeitslosen einstellt (1976).	
2.2 Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit	Halbierung der Arbeitszeit ab 60 Jahren bei vollen Bezügen (Zigarettenindustrie 1978). Vermeidung von Entlassungen durch Gewährung von Kurzarbeitergeld für 24 statt 12 Monate (1974).			

3. <i>Anpassungsstrategien</i>				
3.1 Qualitative Anpassung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt	Vor allem durch das Arbeitsförderungs-gesetz (1969) zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Qualifikation (Umschulung, Fortbildung, Rehabilitation). 1975 gab es schon 271 000 teilnehmende Personen, davon etwa ein Drittel Arbeitslose.	Prämien auch an nicht arbeitslose Arbeitnehmer, die sich für einen Mangelberuf umschulen lassen (1976).	Zuschüsse bei Schaffung spezieller Arbeitsplätze für Behinderte 1976. Reaktive und präventive Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen. „Incentive Allowances“ können Arbeitslosengeld übersteigen (seit 1974).	
3.2 Erhöhung der beruflichen und regionalen Mobilität	Zahlreiche Maßnahmen: Mobilitätzuschlägen, Umzugsbeihilfen, Zuschüsse bei längerem Arbeitsweg, Erstattung der Kosten der Führung eines zweiten Haushalts unter bestimmten Bedingungen (1974).	Variable Umzugs- und Einrichtungsbeihilfen je nach Personenstand, Umzugsentfernung und Ort. Auch bei Umzug von nicht arbeitslosen Facharbeitern, wenn dadurch die Ansiedlung neuer Unternehmen in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit ermöglicht wird (1976).	Es bestehen verschiedene Programme: Umzugsbeihilfen, wenn Arbeitslose in der Heimatregion keinen Arbeitsplatz finden, aber auch, wenn Firmen in Problemregionen investieren und einen Kern von Facharbeitern nachholen (1977).	
3.3 Verbesserung der Effizienz der Arbeitsvermittlung	1977/78 Erhöhung des Personalbestandes in den Arbeitsämtern für Vermittlungs- und Beratungsfunktionen. Intensivierung der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.		Einrichtung spezieller Beratungsdienste für Jugendliche, Akademiker u.a. seit 1974.	Einsatz moderner technischer Hilfsmittel (EDV) in der Vermittlung (1977).
4. <i>Erhaltungsmaßnahmen</i>		Für alle Länder vergleiche Schluß der Übersicht.		

noch: Charakteristische arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft seit 1975

Land	Niederlande	Belgien	Dänemark	Irland
1. <i>Erhöhung des Angebots an Arbeitsplätzen</i>				
1.1 Subventionierung des „Produktionsfaktors“ Arbeit	1976 Lohnzuschüsse im Falle der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns. Pauschale Lohnzulage von 60 Fl (1976). Fiskalisierung eines Teils der Arbeitgeberbeiträge zur Altersversicherung (1977). 1978 Lohnzuschüsse (30 %) bei Einstellung jugendlicher Arbeitsloser. Bei Einstellung langfristig Arbeitsloser teilweise Übernahme der Lohnkosten (1. Halbjahr 100 %, 2. Halbjahr 50 %).	Fiskalisierung von Teilen der Arbeitgebersozialversicherungsbeiträge. 1977 Aussetzung der Beiträge bei Neueinstellungen für 6 Monate. Beschäftigungskredite für den Textilektor, pro eingestellten Arbeitnehmer 20000 Fb (1977).	Lohnzuschuß bei Wiederbeschäftigung ausgesteuerter Arbeitsloser für 9 Monate, degressiv gestaffelt; 1978 für ca. 12000 Personen (20 dKr-10 dKr/pro Arbeitsstunde).	Prämien für zusätzlich eingestellte registrierte Arbeitslose; bis Ende 1976 wöchentlich 15 £/Person. 1977 Beschäftigungsprämien steuerfrei 20 £/Person für Arbeitnehmer, die zuvor 4 Wochen arbeitslos waren; Zahlung 24 Wochen. 1980 für Arbeitgeber in sensiblen arbeitsintensiven Industrien Zuschüsse von 6 £/Woche je Arbeitnehmer.
1.2 Erhöhung des Arbeitsplatzangebots im öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich (ohne Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen i.e.S.)			Programme zur längerfristigen Beschäftigung Arbeitsloser durch den Staat 1976 bis 1978.	1977 Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen bei den lokalen Gebietskörperschaften sowie 1200 Lehrstellen. 1978 Subventionierung der Schaffung von 2500 Arbeitsplätzen im privaten Dienstleistungsbereich.
1.3 Allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	Verschiedene Arbeitsbeschaffungsprogramme 1977 (Bau von Fahrradwegen, Parkplätzen, Abwässeranlagen).		Öffentliche Programme zur Beschäftigung Arbeitsloser 1976, z.T. auch Durchführung in der privaten Wirtschaft.	
2. <i>Umverteilung der vorhandenen Arbeit</i>				
2.1 Umverteilung vorhandener Arbeitsplätze	Förderung der Teilzeitbeschäftigung durch Zuschüsse 39 % der Lohnkosten für 6-12 Monate (1977). Vorzeitiger Rentenbezug (1980 etwa 21 000 Personen).	Schaffung eines Fonds zur Finanzierung vorgezogener Renten aus 50 % der Lohnsteigerungen und entsprechenden Arbeitgeberbeiträgen sowie aus Gewinnabschöpfungen (1976).	Möglichkeit des Sonderurlaubes für Eisenbahnangestellte bei einer Vergütung in Höhe der Arbeitslosenunterstützung (1977).	
2.2 Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit	Aufsplitten von Arbeitsplätzen durch sog. „job-sharing“ bei bisherigen Vollzeit-arbeitsplätzen (1978).	1979 „De-Wulf-Plan“: Hohe Prämien für 2 Jahre an alle Arbeitgeber, die 1980 die 38-Stunden-Woche einführen.	Einschränkung der möglichen Überstundenzahl (1976).	

3. <i>Anpassungsstrategien</i>				
3.1 Qualitative Anpassung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt.	Förderung der beruflichen Rehabilitation Behinderter, Einrichtung spezieller Arbeitsstätten für ältere, auf dem Arbeitsmarkt kaum zu vermittelnde Arbeitslose (seit 1975 verstärkt).	Einführung von Pflichtpraktika für arbeitslose Jugendliche 1976. Prämien an Unternehmen mit weniger als 100 Arbeitnehmern bei Einstellung von Praktikanten 1977.	Lokale Behörden stellen Mittel für Umschulungs- und Beschäftigungsmaßnahmen für 1977/80 zur Verfügung; Förderung von Schulabgängern und jugendlichen Arbeitslosen.	
3.2 Erhöhung der beruflichen und regionalen Mobilität.	Bei Wohnortwechsel bzw. Arbeitsaufnahme an einem entfernten Ort Ersatz der Kosten für Umzug und Arbeitsweg (1976).			
3.3 Verbesserung der Effizienz der Arbeitsvermittlung	Stellenvermittlung durch den Rundfunk seit 1975.			
4. <i>Erhaltungsmaßnahmen</i>	In den meisten Staaten überwiegend traditionelle Maßnahmen für bestimmte Bereiche (Steuervergünstigungen und Subventionen für Landwirtschaft, Bergbau, Schiffbau etc.), häufig im großindustriellen Bereich. In verschiedenen Fällen Versuch der Rettung von Arbeitsplätzen durch Nationalisierung oder zeitweiser Übernahme illiquider Betriebe (z.B. „Lip“ in Frankreich) durch öffentliche Stellen, Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, insbesondere durch Einführung neuer Technologien und spezielle ökonomische Anreize nur in wenigen Fällen (z.B. Mittelstands- und Innovationsförderung in der Bundesrepublik Deutschland).			

Quellen: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (KEG). Die Wirtschaftslage der Gemeinschaft, Quartalsberichte seit 1975; KEG, Europäische Wirtschaft, Beihefte Serie A: Konjunkturtendenzen, monatlich ab 1979; nationale Publikationen.

Nach: Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik in den westlichen Industrieländern, in: DIW-Wochenbericht 3/81 vom 15.1.1981.